

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 M., 2monatlich 1 M., 1 monatlich 50 Pf., Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen hiefür Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends: „Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Sohnslein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Legler & Jenner Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Rautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Woffe; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Nr. 136.

Schandau, Dienstag, den 12. November 1912.

56. Jahrgang.

### Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 8—12 Uhr und nachm. von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 8—3 Uhr. Zinsfuß 3 1/2 %.

#### Ämtlicher Teil.

### Städtischer Seeisfischverkauf.

Wir machen hierdurch bekannt, daß wir den städtischen Seeisfischverkauf den Herren

Kaufmann Wenzel Haase,  
Richard Pfau und  
Bruno Rothe

übertragen haben.

Der nächste Seeisfischverkauf findet am Mittwoch, den 13. und eventuell noch Donnerstag, den 14. dieses Monats statt.

Schellfisch, kopflos, pro Pfund 27 Pfennige  
Cablian, kopflos, pro Pfund 22 Pfennige.

Schandau, am 11. Nov. 1912.

Der Stadtrat.

#### Nichtamtlicher Teil.

### Der Krieg auf dem Balkan.

Die Bulgaren haben nunmehr den entscheidenden Vorstoß gegen die letzte Verteidigungsstellung der Türken vor Konstantinopel, die Tschataldtschalinie, unternommen. Nach Berichten von bulgarischer Seite ist es ihnen hierbei bereits gelungen, nach erbitterten Kämpfen die Höhe um den Ort Tschataldtscha zu nehmen, worauf sie also tatsächlich in die türkische Verteidigungslinie eingedrungen wären. Es erscheint mehr als fraglich, ob die wiederholt geschlagene und bedenklich demoralisierte türkische Armee den Rest der Tschataldtschalinie noch halten können. In Konstantinopel soll man allerdings entschlossen sein, den Kampf bis zum äußersten fortzusetzen, die Konstantinopeler Blätter fordern zur energischen Verteidigung der Hauptstadt gegen den drohenden bulgarischen Angriff auf, der junktürkische „Tanin“ spricht sich dafür aus, nach dem Falle der Tschataldtschalinie eine weitere Verteidigungslinie San Stefano—Tschekmadje—Kiathane zu bilden.

Der Kampf um die Tschataldtscha-Befestigungen. Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ schreibt: Ueber den Kampf um die Linie von Tschataldtscha darf ich mitteilen, daß die bulgarische Angriffsaktion erfolgreich fortschreitet. Die bulgarischen Truppen haben weitere Vorpostitionen genommen, der entscheidende Stoß soll mit solcher Gewalt geführt werden, daß die bulgarischen Truppen gleichzeitig mit den stehenden Türken vor den Forts von Konstantinopel eintreffen. Durch die unverzügliche Besetzung der Stadt sollen sowohl die diplomatische Einmischung wie die drohenden Christenmassaker verhindert werden.

Der Fall von Saloniki. Die Kapitulation von Saloniki sowie des Forts Karaburnu ist unterzeichnet worden. 25 000 Mann haben sich ergeben.

Die „Agence Havas“ meldet aus Cetinje: Wegen der Ueberschwemmungen und der schwierigen Versorgung mit Lebensmitteln ziehen sich die Montenegriner, die Verbalusi, jenseit der Bojana, besetzt hatten, nach Sukidetsch zurück.

Konstantinopel. Auf Anordnung des Scheichs ul Islam ist der Aufruf zum Heiligen Krieg nach Mitternacht aus allen Zeitungen entfernt worden. Das Generalsekretariat des Scheichs veröffentlicht ein Communiqué, das alle an die Entsendung von Ulemas zur Armee geknüpften Vermutungen als nicht der Tatsache entsprechend bezeichnet. Das Großwesir hat lediglich den Scheich ul Islam verständigt, daß gemäß einem vom Ministerrat genehmigten Beschlusse der Militärverwaltung 100 Ulemas entsandt werden mögen, um den Truppen mit ihrem geistlichen Räte beizustehen und ihre Moral zu heben. Diesem Verlangen wird der Scheich nachkommen.

Der Kommandant der Ostarmee, Abdullah Pascha, der am Freitag in Konstantinopel eintraf, ist vom Kommando enthoben worden.

Der Kommandant des türkischen Kreuzers, der

im Golf von Saloniki in den Grund gebohrt worden ist, wurde standrechtlich erschossen.

Serbien verlangt den Zugang zur Adria. Der offiziöse „Petit Parisien“ meldet, der Pariser serbische Gesandte habe dem Ministerpräsidenten Poincaré mitgeteilt, daß Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer verlange und sich zu diesem Zwecke einige Häfen, darunter Durazzo und San Giovanni di Medua aneignen wolle. Von dieser Absicht hätten die Vertreter Serbiens auch noch mehrere andere Großmächte verständigt. Inzwischen hat Serbien die Annexion des Sandschaks in Wien amtlich bekanntgegeben.

Die Nachricht, daß Oesterreich-Ungarn im Einverständnis mit seinen Verbündeten in Belgrad habe die Erklärung abgegeben lassen, es könnte eine etwaige Festsetzung Serbiens am Adriatischen Meere nicht dulden, erweist sich laut einer Meldung von Berliner offiziöser Seite als mindestens verfräht. Einstweilen werden die Einigungsverhandlungen zwischen den Kabinetten von Wien und Belgrad eifrig fortgesetzt. Wie bestimmt verlautet, wollen die verbündeten Balkanstaaten der Türkei nur dann einen Waffenstillstand bewilligen, wenn die Bulgaren die Tschataldtscha-Linie genommen haben, wenn ferner die Mächte dafür garantieren, daß die weiteren türkischen Truppenverstärkungen aus Kleinasien nach Konstantinopel eingestellt werden und wenn endlich die noch in Mazedonien und Thrazien sechtenden türkischen Truppen sich den Verbündeten ergeben.

Die Dardanellenfrage. Die russische Regierung hat ihre Absicht den Kabinetten bekannt gegeben, bei einer Neuordnung der Hoheitsgebiete auf der Balkanhalbinsel die Frage der Dardanellendurchfahrt zur Entscheidung zu stellen.

Der Berliner Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ meldet, daß Rußland Einspruch gegen einen Einmarsch der Bulgaren in Konstantinopel erhoben habe.

### Politische Tagesübersicht.

Der Kaiser hielt am Freitag und Sonnabend größere Hofjagden in den wildreichen Lehlinger Forsten in Hannover ab, unter Teilnahme einer Anzahl geladener Jagdgäste.

Se. Majestät der König besuchte gestern vormittag den Gottesdienst in der katholischen Hofkirche, dinierte um 1 Uhr mit seinen Kindern und begab sich nachmittags nach Sibirienort zurück. Am Dienstag gedenkt sich der König mit dem Herzog von Altenburg nach Tarvis zu begeben.

Die offiziöse Erklärung über den Besuch di San Giulianos in Berlin ist inhaltsreicher, als manche solcher Mitteilungen schon gewesen sind. Offenbar ist das Communiqué in seinen Einzelheiten und in seiner ganzen Wirkung sehr genau abgemessen worden. Besonders in die Augen fällt der Satz, daß die verbündeten Regierungen (in diesem Zusammenhange muß man an alle drei Mächte denken) nicht gewillt sind, sich in die Entwicklung der Dinge im Orient einzumischen. Doch wird sofort die Einschränkung gemacht; solange sie nicht von Mächtsinteressenten darum ersucht oder ihre speziellen und direkten Interessen durch irgendwelche Ereignisse berührt werden. Spezielle und direkte Interessen hat bisher am lebhaftesten Oesterreich-Ungarn betont. Indem nun grammatikalisch bei allen drei Mächten die Verklüftung spezieller und direkter Interessen als möglich angenommen wird, erweckt die Berliner Erklärung den Eindruck des Massiven und der Konzentration. Wenn wir die Erklärung recht verstehen, enthält sie zugleich eine Todesanzeige über eine in letzter Zeit viel genannte Persönlichkeit: den status quo. Wenn den tatsächlichen Ereignissen Rechnung getragen worden ist, dann ist eben der status quo überholt.

Bedenken gegen die Einfuhr überseeischer Rindviehs. Das sächsische Ministerium des Internen hat Bedenken gegen die Einfuhr überseeischer Rindviehs und veröffentlicht folgende Erklärung: Bei Erörterungen über Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnote wird namentlich aus den großen Städten die Zulassung der Einfuhr überseeischer Rindviehs zur alsbaldigen Schlachtung in

öffentlichen Schlachthöfen in der Regel als gänzlich unbedenklich in veterinärpolizeilicher Beziehung hingestellt. Demgegenüber dürfte es nicht bedeutungslos sein, zu erfahren, daß neuerdings auch in der Schweiz, wo man die Zufuhr ausländischen Schlachtviehs gestattet hat, ernste veterinärpolizeiliche Bedenken laut werden. Mit Rücksicht hierauf hat sich die Bundesregierung der Schweiz veranlaßt gesehen, angesichts des unbefriedigenden Standes der Maul- und Klauenseuche in den Herkunfts- oder Transitländern des Schlachtviehs und der hierdurch erhöhte Gefahr der Seucheneinführung der Steigerung dieser Vieheinfuhr entgegenzutreten und sie nur auf das dringende Bedürfnis des Konsums der Orte zu beschränken, für die Einfuhrbewilligungen gewährt worden sind.

Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Mineralöl ist durch den Bundesrat angenommen worden. Nur Hamburg und Bremen sprachen sich gegen das geplante Gesetz aus. Damit sind die Ausführungen der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft, die in letzter Stunde noch den Beweis erbringen wollte für die Notwendigkeit, den deutschen Mineralölbedarf ausschließlich von Amerika aus zu decken, gegenstandslos geworden. Wenn diese behauptet, die „Standard Oil Co.“ habe sich mit einem jährlichen Jahresgewinn von 4 1/2 Millionen in Deutschland begnügt, so muß man daran erinnern, daß sie dank mangelnder Konkurrenz im eigenen Lande in der Lage ist, den entgangenen Gewinn wieder einzuholen. Der Umstand, daß zahlreiche Kleinlieferanten sich bemühen, von dem Einflusse der „Standard Oil Co.“ loszukommen, spricht nicht für die behauptete Unrentabilität der Gesellschaft. Im Hoßfall werden die russischen, rumänischen und galizischen Quellen durchaus genügen, den Bedarf des deutschen Petroleummonopols zu decken.

Der Sächsische Landtag nahm am heutigen Montag seine durch die sommerliche Ferienpause unterbrochenen Verhandlungen wieder auf.

Eine deutsche Antwort auf den französischen Industrie-Chauvinismus. Der Boykott deutscher Erzeugnisse in Frankreich hat dem Fabrikantenverein der Sächsischen Stickerei- und Spigenindustrie Veranlassung gegeben, sich unter Hinweis auf das Verhalten der französischen Industrie an verschiedene deutsche Fürstinnen, darunter auch an die deutsche Kaiserin mit der Bitte zu wenden, der deutschen Spigenindustrie den Vorzug vor ausländischen Erzeugnissen zu geben. Daraufhin ist jetzt, wie man der „N. Fr. Corr.“ aus beteiligten Kreisen berichtet, der Ortsgruppe Plauen des Verbandes Sächsischer Industrieller aus dem Kabinet der Kaiserin ein Schreiben zugegangen, worin für die Uebersendung des einschlägigen Materials gedankt und zugleich mitgeteilt wird, daß die Kaiserin die Bestrebungen des Verbandes zur Förderung der heimischen Industrie gegenüber der ausländischen mit großem Interesse verfolgt. Auch andere Fürstlichkeiten, wie die Prinzessin Georg, ferner die Gattinnen mehrerer Minister, haben sich in durchaus sympathischem Sinne geäußert, sodas die Hoffnung besteht, daß die vogtländische Spigenindustrie, die gerade in der letzten Zeit unter Arbeitsmangel zu leiden hatte, einer besseren Zukunft entgegengeht.

Die Enzyklika über die Gewerkschaften. Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht die päpstliche Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften. Diese betont, daß der Papst über die Kontroversen in den letzten Jahren wohl unterrichtet worden sei und erklärt dann, daß diejenigen Gewerkschaften am meisten zu billigen seien, die vornehmlich auf der Grundlage der katholischen Religion errichtet seien und der Kirche als Führerin offen folgten. Jedoch leugnen wir nicht, heißt es u. a. weiter, daß es recht ist, für die Katholiken und für die Arbeiter ein besseres Geschick zu suchen und mit Anwendung von Vorsicht gemeinsam mit Nichtkatholiken für das gemeinsame Wohl zu arbeiten. Und hier bitten uns nicht wenige von Euch, wir mögen Euch erlauben, die sogenannten christlichen Syndikate, die bis heute in Euren Dörfern sind, zu tolerieren. Dieser Bitte meinen wir, mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der katholischen Sache in Deutschland, nachgeben zu sollen, unter der Bedingung, daß geeignete Vorsichtsmaßnahmen angewandt werden, daß

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeilen oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.

„Eingelaut“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage:

„Landwirtsch. Beilage.“